

Sitzungsvorlage Nr. 304/2018

Verkehrsausschuss
am 14.11.2018

zur Vorberatung
- Öffentliche Sitzung -

Zu TOP 1:

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2019, mittelfristige Finanzplanung - Anträge der Fraktionen

I.	Zu behandeln im Planungsausschuss am 07.11.2018:	1
II.	Zu behandeln im Verkehrsausschuss am 14.11.2018:	13
III.	Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 21.11.2018:	34

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung, der Regionalversammlung die in seine Zuständigkeit fallenden Anträge zum Haushaltsplan 2019 und mittelfristiger Finanzplanung 2020 – 2022 entsprechend seinen Empfehlungen zum Beschluss vorzuschlagen.

I. Zu behandeln im Planungsausschuss am 07.11.2018:

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.01 - 598	CDU	<p>Entwicklungachsen entlang neuer S-Bahnstrecken</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, im Rahmen einer Untersuchung entlang der neu eingerichteten Schienenverbindungen, wie zum Beispiel der S 40, der S 60 oder der S 1 Verlängerung nach Kirchheim/ Teck, mögliche zusätzliche Siedlungspotenziale für den Wohnungsbau zu erheben.</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Die Gemeinden entlang der neu geschaffenen Schienenverbindungen werden hinsichtlich ihrer Potenziale für Wohnen und Gewerbe untersucht.</p>	
P.02 - 601	CDU	<p>Internationale Bauausstellung IBA 2027 StadtRegion Stuttgart ins Europäische Parlament</p> <p>Die Wirtschaftsförderung des Verbandes Region Stuttgart wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Europabüro der Region Stuttgart in Brüssel zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, eine Ausstellung zum Thema Internationale Bauausstellung (IBA) 2027 StadtRegion Stuttgart im europäischen Parlament in Brüssel zu realisieren.</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Hinweis: Das Anliegen wird mit anderen Anträgen zu Europa im WIV gebündelt.</p>	
P.03 - 597	Bündnis90/Die Grünen	<p>Flächen sparen im Gewerbebau</p> <p>Wir beantragen eine Folgeveranstaltung als Fortsetzung der erfolgreichen Tagung zum flächensparenden Gewerbebau unter der Federführung der WRS. Anhand von realisierten Beispielen soll ein Schwerpunkt auf die Entwicklung von Brachen und das Bauen im Bestand gelegt werden.</p>	<p>(Siehe auch P.06-581 und P.16-520)</p> <p>Zustimmung</p> <p>Beispielgebende Projekte zur Nachverdichtung im Gewerbebau werden, ggf. unter Hinzuziehung externer Expertise, aufbereitet und in die Fachdiskussion eingespeist.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.04 - 576	SPD	<p>Flächen für Wohnen, Gewerbe und Erholung sicherstellen</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, Eckpunkte zu erarbeiten. wie</p> <p>a) Flächen für Wohnen und Gewerbe sichergestellt werden können, um Städte und Gemeinden in die Lage zu versetzen, aktive Flächenangebote zu machen;</p> <p>b) die Kommunen gestärkt werden können. qualitätsvolle Landschaftsräume für Flora, Fauna und Erholung der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und qualitativvoll zu entwickeln.</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Kriterien für eine integrierte Siedlungs- und Freiraumentwicklung und für die Ermittlung geeigneter Erweiterungsflächen können aus regionalplanerischer Perspektive aufgezeigt werden. Die Angebotsplanung im Sinne einer Aktivierung und baureifen Vorhaltung von Flächen obliegt der kommunalen Bauleitplanung.</p>	
P.05 - 578	SPD	<p>Halbjährlich über die Vorbereitungen der IBA 2027 berichten</p> <p>Die WRS/Geschäftsstelle wird beauftragt, halbjährlich über die Inhalte und Ergebnisse zur Vorbereitung der IBA 2027 im WIV zu berichten.</p>	<p>(Siehe auch P.11-539)</p> <p>Zustimmung - mit halbjährlicher Berichterstattung im Planungsausschuss</p> <p>Nach Gründung der IBA-Gesellschaft und Festlegung des Finanzierungsrahmens dominieren planerische Fragestellungen. Eine kontinuierliche Berichterstattung sollte daher im Planungsausschuss erfolgen.</p> <p>Die haushaltsrechtlichen Zuständigkeiten des WIV bleiben davon unberührt.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.06 - 581	SPD	<p>Mehr Kapazität in vorhandenen Gewerbe- und Industriegebieten durch Erweiterung in die Tiefe und Höhe?</p> <p>Die Geschäftsstelle des VRS und der WRS wird beauftragt, Aufzuzeigen, inwieweit eine regionale Unterstützung für Unternehmen, die Neubauten oder erforderliche Erweiterungen in bestehenden Gewerbe- und Industriegebieten in die Höhe und/oder Tiefe planen, möglich ist.</p>	<p>(Siehe auch P.03-597 und P.16-520) Zustimmung</p> <p>VRS und WRS erarbeiten derzeit gemäß entsprechender Beschlussfassungen des PLA und des WIV eine Gesamtkonzeption zur finanziellen Förderung gewerbebezogener Bau- und Planungsmaßnahmen. In diesem Rahmen ist zu prüfen, inwieweit auch bauliche Nachverdichtungsmaßnahmen in bestehenden Gewerbegebieten berücksichtigt werden können.</p> <p>Beispielgebende Projekte zur Nachverdichtung im Gewerbebau werden, ggf. unter Hinzuziehung externer Expertise, darüber hinaus aufbereitet und in die Fachdiskussion eingespeist.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.07 - 582	SPD	<p>Arbeiten und Wohnen wieder räumlich zusammenführen</p> <p>Die Geschäftsstellen der VRS und WRS werden aufgefordert, auszuführen, welche Möglichkeiten bestehen, Wohnen und Arbeiten in unseren Städten und Gemeinden wieder räumlich zusammenzuführen.</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Möglichkeiten und realisierte Beispiele für städtebaulich integrierte Gewerbenutzungen im Sinne einer funktionalen Mischung von Arbeiten und Wohnen können exemplarisch aufbereitet und vermittelt werden. Dazu sollen insbesondere auch Projekte des thematischen Bausteins „Integrierte Quartiere“ der IBA 2027 StadtRegion Stuttgart herangezogen werden.</p> <p>Über die Anwendung der Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ wurde dem Planungsausschuss berichtet. Die diesbezüglichen Entwicklungen werden weiterverfolgt.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.08 - 584	SPD	<p>Mindestangebot für bezahlbaren Wohnraum erstellen</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern sie Vorgaben für neue B-Pläne festgelegt kann, dass ein Mindestangebot der ausgewiesenen Wohnbauflächen als bezahlbarer Wohnraum erstellt wird. Es wäre zu untersuchen, ob sich die Vorgaben aus dem Regionalplan ergeben müssten, der diesbezüglich dann geändert werden müsste. Der VRS soll dann die Kommunen bei der Anwendung und Ausgestaltung der neuen Vorgaben beratend unterstützen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle</p> <p>Eine entsprechende regionalplanerische Einwirkungsmöglichkeit besteht nicht. Maßgebliche Faktoren mit regionalplanerischer Relevanz für die Bezahlbarkeit von Wohnraum sind räumliche Lage und bauliche Dichte. Diese Aspekte werden im „Aktionsprogramm Wohnen“ klar betont und im Rahmen der Beratungstätigkeit des VRS weiterhin verstärkt eingebracht.</p>	
P.09 - 585	SPD	<p>Anwendung § 13b BauGB</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Fortschreibung des § 13b BauGB darauf hinzuwirken, dass klare Voraussetzungen für die Anwendung in Bezug auf</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Bruttowohndichte b) Nachweis des tatsächlichen Bedarfs vorgegeben werden. <p>Im Ausschuss ist über die weitere Entwicklung der Fortschreibung des § 13b BauGB zu berichten.</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Auf die Fortschreibung des § 13b BauGB wird im Rahmen der Möglichkeiten der Mitgliedschaft des VRS in den Gremien des Städtetags und in diversen Netzwerken eingewirkt.</p> <p>Dem Planungsausschuss wird über die Entwicklung der Fortschreibung des § 13b BauGB regelmäßig berichtet.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.10. - 537	Freie Wähler	<p>Bereinigung der Kulisse der Windkraftstandorte</p> <p>Wir Freien Wähler wollen Klarheit und beantragen daher die Bereinigung der Liste und das Streichen derjenigen Windvorranggebiete aus dem Zwischenbeschluss zum Teilplan Windenergie, die in absehbarer Zeit - aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen - nicht realisierbar sind.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Über den aktuellen Stand der Rückmeldungen der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) wird am 7.11.2018 im Planungsausschuss berichtet. Aufgrund der damit verbundenen, nicht abwägungsfähigen Sachverhalte ist die Kulisse der geplanten Vorranggebiete faktisch bereits bereinigt.</p>	
P.11. - 539	Freie Wähler	<p>IBA 2027</p> <p>1. Die Geschäftsstelle berichtet, wie in den nächsten Monaten und Jahren die Kommunikation und Beratung im Planungsausschuss über diejenigen IBA-Themen vorgesehen ist, die regionalplanerische Relevanz und fachplanerische Bedeutung/Auswirkungen haben.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle informiert darüber, wie sichergestellt werden kann, dass IBA-Projekte auch in der Fläche und damit in den anderen 178 Städten und Gemeinden neben der Landeshauptstadt möglich sind, um den Anspruch der IBA 2027 StadtRegion zu erfüllen.</p>	<p>Zu 1: Zustimmung (Siehe auch P.05-578)</p> <p>Vorgesehen ist eine halbjährliche Berichterstattung zum inhaltlichen Fortgang der IBA im Planungsausschuss.</p> <p>Zu 2: Zustimmung</p> <p>Bericht erfolgt – auch hinsichtlich der Verbreitung von IBA-Erkenntnissen in die Planungspraxis der Regional- und Bauleitplanung.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.12. - 543	Freie Wähler	<p>Gewerbebrachenkataster</p> <p>In enger Abstimmung mit den Gemeinden ist ein Kataster/eine Übersicht über regionalbedeutsame Gewerbebrachen/ungenutzte Gewerbeflächen, ab 1 ha Fläche, zu erstellen. Zusätzlich sind die Gründe zu erheben, warum die Flächen ungenutzt oder nicht gemäß ihrer Wertigkeit genutzt sind.</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Die WRS wird im Rahmen des Gewerbeflächenmonitorings eine entsprechende Abfrage durchführen. Dabei werden auch vorliegende Entwicklungshemmnisse erfasst. Die Ergebnisse werden zusammengefasst und der Regionalversammlung vorgestellt.</p>	
P.13. - 528	LINKE	<p>Klimaschutz ernst nehmen!</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle entwickelt aus den Handlungsbereichen der Regionalen Energie- und Klimaschutzstrategie folgende empfohlene Maßnahmen zu regionalen Leuchtturmprojekten weiter:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Maßnahme Nr. 1 (Allgemeine Strategie): Bildung einer regionalen Allianz für Klimaschutz ▪ Maßnahme Nr. 8 (Mobilität): Regionale Mobilitätsoffensive Fahrradverkehr und eRadschnellwege ▪ Maßnahme Nr. 14 (Wärmewende): Ab-/Wärmeatlas der Region Stuttgart ▪ Maßnahme Nr. 20 (Vernetzung): Virtuelles Kraftwerk Region Stuttgart (ViKReS) <p>Als zusätzliche Maßnahme wird eine regionale Strategie zur Umsetzung eines interkommunalen stationären Car-/Vehicle-Sharings mit der Polygo-Karte als Zugangsmedium entwickelt. Dabei sind Kooperationen mit Hochschulen und Forschungsinstituten der Region anzustreben und Förderprogramme zu nutzen.</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle legt einen regelmäßig fortgeschriebenen Energie- und Klimaschutzbericht für ein regionales Monitoring vor. Dabei wird, wie von den Gutachtern empfohlen, das Energie- und CO2-Bilanzierungsinstrument BICO2 herangezogen.</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, dem Landtag den Wunsch nach einer Erweiterung seiner gesetzlichen Kompetenzen im Sinne des Klimaschutzes und der regionalen Koordination der Energie- und Wärmewende sowie regionalbedeutsamer Radverkehrsachsen zu unterbreiten. Das Gesetz zur Gründung des Verbands Region Stuttgart (GVRS) soll im Sinne dieser Zielsetzung fortgeschrieben werden.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle</p> <p>Erläuterung s.u. Seite 12</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.14. - 565	FDP	<p>Wohnbau – Möglichkeiten Baulandausweisungen zu fördern</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet in der Sitzung des Planungsausschusses am 07.11.2018 welchen Gestaltungsspielraum er bei der Festlegung der Verbands- und Verkehrsumlage hat, wenn es darum geht, Städten und Gemeinden in der Region Vorteile zu gewähren, wenn sie beispielsweise Wohnbauflächen schnell ausweisen.</p> <p>2. Sollten Gestaltungsspielräume, beispielsweise in der Form von Nachlässen bestehen, sind unverzüglich Förderungskriterien zu definieren und im Haushaltsplan 2019 Mittel bereit zu stellen. Als erste Tranche wird ein Betrag von 500.000 Euro beantragt, mit der Maßgabe, dass diese Mittel in der Reihenfolge des Eingangs vergeben werden und klargestellt ist, dass nach Ausschöpfung des Etats weitere Mittel im folgenden Jahr ausbezahlt werden.</p> <p>3. Die Förderung ist so anzulegen, dass sie nicht nur den regionalen Wohnbauschwerpunkten zugute kommt, sondern allen Kommunen der Region sofern diese eine gesicherte verkehrliche Erschließung ohne Überlastung der vorhandenen Straßeninfrastruktur nachweisen können.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Eine Sondierung der Geschäftsstelle zum Antragspunkt 1 kommt zu folgendem Ergebnis: Die Verbandsumlage ist in § 22 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS) geregelt. Bemessungsgrundlage der Umlage sind die Steuerkraftsummen. Ein anderer Maßstab als die Steuerkraftsummen ist nicht möglich. Eine an Bedingungen geknüpfte Gewährung von Nachlässen oder anderen Vorteilen im Hinblick auf den Umlageanteil einzelner Städte und Gemeinden ist mit dem GVRS somit unvereinbar. Die Verkehrsumlage ist zweckgebunden und dient ausschließlich der verkehrlichen Gestaltung.</p> <p>Die Antragspunkte 2 und 3 sind vor dem Hintergrund des oben dargelegten Prüfergebnisses zu Punkt 1 hinfällig.</p> <p>Der Antrag wird für erledigt erklärt.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.15. - 586	FDP	<p>Planung - Konzept Gemeinschaftsschuppenanlagen</p> <p>Der Verband Region Stuttgart erarbeitet ein Konzept, unter welchen Bedingungen er der Errichtung von Gemeinschaftsschuppenanlagen in Regionalen Grünzügen zustimmen kann.</p> <p>Um eine schnelle Umsetzung bis Mitte 2019 zu gewährleisten, kann die Geschäftsstelle den Auftrag nach außen vergeben. Dafür wird in den Haushaltsplan 2019 ein Etatposten von 50.000 Euro eingestellt. Falls die Geschäftsstelle den Mittelbedarf niedriger einschätzt, wird der niedrigere Betrag beantragt.</p>	<p>Zustimmung zur Darstellung der Prüfaspekte</p> <p>Die Regionalen Grünzüge dürfen keiner weiteren baulichen Belastung ausgesetzt werden. Ausnahmen können für sogenannte privilegierte Vorhaben gemacht werden. Landwirtschaftliche oder Gemeinschaftsschuppen fallen jedoch nicht darunter. Im Einzelfall kann jedoch geprüft werden, ob Gründe für einen Standort im Regionalen Grünzug vorliegen. Der zuständige Planungsausschuss entscheidet in jedem Einzelfall über die Vorhaben.</p> <p>Dem Planungsausschuss werden diese wesentlichen Prüfaspekte anhand von Beispielen vorgestellt. Um dem jeweiligen Einzelfall gerecht werden zu können, ist eine solche Darstellung nicht als abschließend zu betrachten.</p> <p>Eine externe Beauftragung und damit hierfür erforderliche Haushaltsmittel ist nicht erforderlich.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.16. - 520	AfD	<p>Bericht über Innovationen in der Region zu Gewerbeflächen in die Höhe</p> <p>Die Verwaltung möge aufzeigen:</p> <p>1. Gewerbeflächenmanagement in die Höhe:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wie viel in die Höhe gebaute Gewerbeobjekte zwischen dem 01.01.2014 bis 30.09.2018 in der Region hinzugekommen sind, - wie viele m² diese umfassen, - welche innovativen Ideen in der Region für den Bau in die Höhe entwickelt werden, um Flächenverbrauch für Gewerbe zu vermindern, - für welche Gewerbearten in der Region eine Verlagerung in die Höhe statt in die Fläche in Frage kommt, - welche Möglichkeiten sie für den Verband sieht, die Verlagerung von Gewerbe in die Höhe zu beeinflussen. <p>2. Hinzuziehung von Fachwissen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - kommunale Verwaltungen sollen für einen Erfahrungsaustausch im Umgang mit Verlagerung von Gewerbeflächen in die Höhe kontaktiert werden, - die Architektenkammer soll um eine fachliche Stellungnahme angefragt werden, welche Möglichkeiten sich aus Sicht des Gebäudemanagements für eine effiziente Verlagerung von Gewerbe in die Höhe ergeben. <p>3. Berichtsvorlage:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Bericht möge bis Mai 2019 vorgelegt werden. 	<p>Zu 1 : Keine Zustimmung</p> <p>Die Vergrößerung der Kubatur von Gewerbeobjekten ist Gegenstand von Baugenehmigungsverfahren, an denen der Verband Region Stuttgart in der Regel nicht beteiligt wird. Entsprechende Daten liegen daher nicht vor.</p> <p>Zu 2 : Zustimmung (Siehe auch P.03-597 und P.06-581)</p> <p>Beispielgebende Projekte zur Nachverdichtung im Gewerbebau werden, ggf. unter Hinzuziehung externer Expertise, aufbereitet und in die Fachdiskussion eingespeist.</p> <p>Zu 3 : Zustimmung</p> <p>Sobald erste Ergebnisse vorliegen, wird im Planungsausschuss darüber berichtet.</p>	

Erläuterung zu Antrag P.13. – 528 LINKE (s. Seite 8)
Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle

Eine wie im Antrag vorgesehene, regelmäßige Berichterstattung (Energie- und Klimaschutzbericht) sowie die umfassende Weiterbehandlung und Umsetzung der Strategien und Maßnahmen zum Klimaschutz ist nur mit einer auf Dauer verfügbaren, entsprechenden Personal- und Sachmittelausstattung leistbar. Wegen der begrenzten Personalkapazitäten in der Geschäftsstelle wird vorgeschlagen, zunächst Fördermittel für Personal und Umsetzung (der vier Maßnahmen) auf Bundes- oder Landesebene zu akquirieren.

Gespräche zur Thematik interkommunaler CarSharing-Konzepte mit den Anbietern in der Region können aufgenommen werden (Bericht im WIV über die Bereitschaft bzw. das Potenzial, v.a. angesichts mittelfristig verfügbarer Alternativen durch autonome Kleinbusse).

Bei der Umsetzung von Maßnahmen sollte grundsätzlich darauf geachtet werden, dass Redundanzen vermieden werden. Informationen (Karten) zum Wärmebedarf von Wohngebäuden können bspw. bereits dem Energieatlas des Landes entnommen werden. Ggf. können im Bereich der Abwärme auch Ergebnisse der laufenden Studie „Abwärme BW“ für das Land genutzt werden. Außerdem sollte der Erhebungs- und Aktualisierungsaufwand jeweils in einem angemessenen Verhältnis zum Umsetzungsbezug stehen.

II. Zu behandeln im Verkehrsausschuss am 14.11.2018:

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.01 - 605	CDU	<p>S-Bahn von den Fildern ins Neckartal weiter vorantreiben</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, 100.000 Euro für eine Untersuchung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit einer S-Bahn-Verbindung von den Fildern ins Neckartal (NB/ND1, ND3, FN5 und FN7), in den Verbandshaushalt einzustellen.</p>	<p>Zusammen mit V.11, V.14, V.41. Zustimmung.</p> <p>Der Haushaltsansatz wird um 150.000 Euro erhöht. Zur Vorbereitung einer standardisierten Bewertung, die mehrere Mio. Euro Planungskosten erfordern würde, wird eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit verschiedener Varianten durchgeführt.</p>	
V.02 - 606	CDU	<p>Haushaltsmittel für Bestellung neuer S-Bahn-Fahrzeuge einstellen</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, die finanziellen Anforderungen für die Ausübung einer Option zur Bestellung von neuen Fahrzeugen für die S-Bahn zu ermitteln und diese in der mittelfristigen Finanzplanung einzustellen.</p>	<p>Zusammen mit V.16. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Der finanzielle Aufwand wird erhoben und baldmöglichst die Auswirkung auf den Haushalt dargestellt. Innerhalb der zur Verabschiedung des Haushalts verbleibenden Zeit wird eine verlässliche Abschätzung als nicht realistisch eingeschätzt. Deshalb muss ggf. ein Nachtragshaushalt erstellt werden.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.03 - 607	CDU	<p>An- und Abienung S-Bahn</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, Gespräche mit den Städten und Landkreisen zu führen mit dem Ziel, die An- und Abienung der S-Bahn orientiert am Ausbau des S-Bahn-Taktes zu optimieren.</p>	Zustimmung.	
V.04 - 608	CDU	<p>10-Minuten-Takt: Die Chance ergreifen</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Maßnahmen und einen Zeitplan für die stufenweise Einführung eines 10-Minuten-Taktes auf der S-Bahn zu erarbeiten, 2. künftige Entscheidungen und Maßnahmen im Hinblick auf dieses Ziel zu prüfen und sich an diesem zu orientieren. 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Bei der geplanten Umsetzung von ETCS und ATO werden die Potenziale und Anforderungen für die langfristige Einführung eines 10-Minuten-Taktes mit abgeschätzt. In Anbetracht dessen, dass es sich bei der Maßnahme um ein Entwicklungsprojekt handelt, ist die Aufstellung eines Zeitplans zum jetzigen Planungsstand nicht möglich.</p>	
V.05 - 609	CDU	<p>Bessere Fahrgastinformation in der S-Bahn</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, mit der DB Regio zur Verbesserung der Information der Fahrgäste in der S-Bahn eine Konzeption vorzulegen, die neben all-gemeinen Fahrgastinformationen in den S-Bahnzügen auch die Umsteigeverbindungen auf andere S-Bahnen und Nebenbahnen umfasst.</p> <p>Insbesondere soll die Konzeption Lösungen aufzeigen, wie die Information der Fahrgäste bei Verspätungen und Zugausfällen der S-Bahn optimiert werden kann. Hierzu zählt, dass angegeben wird, welche Anschlüsse oder Alternativen aktuell zu Verfügung stehen.</p> <p>Bei der Anschaffung neuer S-Bahn-Wagen soll auf die Ausstattung mit einem entsprechenden Informationssystem geachtet werden.</p>	Zustimmung.	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.06 - 587	Bündnis90/Die Grünen	<p>Verbesserung des Expressbusangebots</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Takt der Expressbusse wird ganztägig auf 30 min verkürzt. 2. Die Verwaltung prüft, welche Anschlüsse sich zum Linienverkehr in den Kreisen anbieten und ob hier Verbesserungen erreicht werden können. 3. Die Verwaltung prüft, welche Querverbindungen insbesondere unter Einbeziehung großer Gewerbegebiete von Expressbussen als neue Linien gefahren werden können. 4. Im Rahmen des 25-jährigen VRS Jubiläums wird eine Werbekampagne für Expressbusse gestartet. Dafür wird der HH-Ansatz für das Jubiläum um 75.000 € auf 150.000 € erhöht. 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Bei der für 2019 vorgesehenen Evaluierung der Expressbusverbindungen wird das Anliegen mit betrachtet und vom Gremium ebenfalls über die weitere Einführung und Taktverdichtung entschieden. Der aktuelle Haushaltsansatz für Marketing wird im Vergleich zum Marketing bei anderen Verkehren als angemessen betrachtet.</p>	
V.07 - 588	Bündnis90/Die Grünen	<p>Park & Ride Parkplätze mit Fahrradparkhäusern ausstatten</p> <p>Der Verband Region Stuttgart realisiert in den Park & Ride Parkhäusern, die er im Rahmen des P&R-Konzepts bewirtschaftet, separate Bereiche für das Abstellen von Fahrrädern. Das Parken von Fahrrädern im Fahrradparkhaus wird kostenlos angeboten.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Der bisherige Ansatz für die Förderung von P+R wird auf B+R übertragen und die Errichtung von neuen großen Fahrradabstellanlagen mit dem gleichen Betrag wie bei der Landesförderung nach GVFG unterstützt. Die Entscheidung über eine Förderung erfolgt im Einzelfall durch den Ausschuss.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.08 - 589	Bündnis90/Die Grünen	<p>S-Bahn Verlängerungen der Nordlinien nach Stuttgart/Vaihingen</p> <p>Die Verwaltung stellt die Möglichkeiten und Voraussetzungen dar, wie und in welchem Realisierungszeitraum mindestens eine der Nord-S-Bahnlinien im Grundtakt nach Stuttgart/Vaihingen verlängert werden kann.</p>	<p>Zustimmung.</p>	
V.09 - 590	Bündnis90/Die Grünen	<p>polygoCard als APP</p> <p>Wir beantragen hiermit die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 50.000 € zur Erstellung einer Architektur- und Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der verschiedenen Funktionalitäten plus Erweiterungsmöglichkeiten der polygoCard in eine mobile App.</p>	<p>Zusammen mit. mit V.23. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Gemeinsam mit den polygo-Partnern wird durch den VVS eine Konzeption für die künftige Ausrichtung von polygo erarbeitet. Nach Vorstellung der Ergebnisse kann über das weitere Vorgehen entschieden werden.</p>	
V.10. - 591	Bündnis90/Die Grünen	<p>Abbau von Verspätungsursachen - Gepäckkonzept für die S-Bahn</p> <p>Die Geschäftsstelle möge die DB Regio beauftragen ein Gepäckkonzept zu erarbeiten. Reisende sollen Ihre Gepäckstücke so unterbringen können, dass die Störwirkung auch für andere Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen minimiert wird.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Das Thema wird in die beabsichtigten verkehrsvertraglichen Regelungen mit DB Regio eingebracht und für eine weitere Entscheidungsfindung aufbereitet.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.11. - 592	Bündnis90/Die Grünen	<p>Gutachten Schienenverbindung Filder/Neckartal</p> <p>Die Verwaltung stellt 150.000 EUR in den Haushalt ein um ein Gutachten zur Wirtschaftlichkeit, dem Infrastrukturbedarf und der Betriebsplanung einer Schienenverbindung Filder/Neckartal erstellen zu lassen. Ziel ist es, in der nächsten Wahlperiode der Regionalversammlung eine Grundlage für eine Entscheidung über die Weiterführung der S-Bahn von den Fildern ins Neckartal zu bekommen. Das Gutachten soll sich dabei auf die Untersuchung zweier Varianten konzentrieren: Variante ND1 – von Neuhausen über Denkendorf und das Körschtal ins Neckartal mit Ziel Plochingen (und darüber hinaus) – sowie Variante FN7 – vom Flughafen über die NBS nach Kirchheim.</p>	<p>Zusammen mit. mit V.01, V.14, V.41. Zustimmung.</p> <p>Der Haushaltsansatz wird um 150.000 Euro erhöht. Zur Vorbereitung einer standardisierten Bewertung, die mehrere Mio. Euro Planungskosten erfordern würde, wird eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit verschiedener Varianten durchgeführt.</p>	
V.12. - 568	SPD	<p>Sozialticket wegen Fahrverboten einführen</p> <p>Die Vertreter des VRS im VVS-Aufsichtsrat werden beauftragt: Damit Mobilität in der Region Stuttgart angesichts der von der Landesregierung beschlossenen Fahrverbote ab 2019 nicht zur neuen sozialen Frage wird, die Einführung eines Sozialtickets im gesamten VVS als Abschluss der VVS-Tarifreform zu beantragen und sich mit den Vertretern des Land Baden-Württemberg im VVS und den übrigen Verbundpartnern über eine Finanzierung zu verständigen.</p>	<p>Zusammen mit. mit V.22, V.37. Keine Zustimmung.</p> <p>Es hat sich kein grundsätzlich neuer Sachverhalt ergeben. Die Verantwortung für die Einführung von Sozialtickets liegt bei den örtlichen Sozialhilfeträgern.</p>	
V.13. - 569	SPD	<p>Toiletten statt 1. Klasse in der S-Bahn</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, bei der Bestellung neuer S-Bahn-Fahrzeuge statt einer 1. Klasse, den Einbau von Toiletten in den S-Bahnzügen vorzusehen.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Das bisherige Betriebskonzept und die Einrichtungen an den Endbahnhöfen müssten in erheblichem Umfang umgestaltet werden, um die Toiletten zuverlässig und in angemessener Weise zu warten.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.14. - 570	SPD	<p>Standardisierte Bewertung für S-Bahn-Ringschluss von den Fildern ins Neckartal erstellen</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Gutachtern die zwei bis drei aussichtsreichsten Varianten für eine S-Bahn-Verbindung von den Fildern ins Neckartal (sog. Ringschluss) auszuwählen und dann zusammen mit der Raumschaft eine Standardisierte Bewertung zu beauftragen.</p>	<p>Zusammen mit. mit V.01, V.11, V.41. Zustimmung.</p> <p>Der Haushaltsansatz wird um 150.000 Euro erhöht. Zur Vorbereitung einer standardisierten Bewertung, die mehrere Mio. Euro Planungskosten erfordern würde, wird eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit verschiedener Varianten durchgeführt.</p>	
V.15. - 571	SPD	<p>Mülltrennung an S-Bahn-Haltestellen</p> <p>Die Geschäftsstelle wird aufgefordert, auf die DB Station&Service hinzuwirken, an allen S-Bahn-Stationen einheitliche, für Mülltrennung geeignete Abfallbehälter aufzustellen.</p>	<p>Zustimmung.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.16. - 538	Freie Wähler	<p>Konzeption zur S-Bahn-Offensive</p> <p>Die Verwaltung erstellt zu den anstehenden, die mittelfristige Finanzplanung weit übersteigenden Investitionen in die S-Bahn, eine auf den derzeitigen Kenntnissen und Absichten aufbauende Konzeption, aus der die einzelnen Maßnahmen, die Prioritäten, der Zeithorizont, die abschätzbaren Kosten, die Finanzierung, die Beteiligung Dritter und die Kostenfolgen hervorgehen.</p>	<p>Zusammen mit. mit V.02. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Der finanzielle Aufwand wird erhoben und baldmöglichst die Auswirkung auf den Haushalt dargestellt. Innerhalb der zur Verabschiedung des Haushalts verbleibenden Zeit wird eine verlässliche Abschätzung als nicht realistisch eingeschätzt. Deshalb muss ggf. ein Nachtragshaushalt erstellt werden. Langfristige Wirkungen auch zu den mit der Fahrzeugbestellung verbundenen Ausbaumaßnahmen werden dargestellt, wenn hinreichend konkrete Werte und Sachverhalte zur Abschätzung der finanziellen Belastung vorliegen.</p>	
V.17. - 540	Freie Wähler	<p>Pendlerströme entzerren</p> <p>Untersuchung der Potentiale, durch Entzerrung der Pendlerströme Verkehrsbelastungen zu reduzieren.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Für die Umsetzung wird ein Haushaltsansatz von 70.000 Euro angesetzt.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.18. - 541	Freie Wähler	<p>Regionalverkehrsplan umsetzen</p> <p>In jeder Legislaturperiode einer Regionalversammlung wird zu Beginn, in der Mitte und gegen Ende über den Regionalverkehrsplan und seine Umsetzung berichtet.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Über den Fortschritt maßgeblicher Projekte wird jeweils zeitnah berichtet. Dies wird im Rahmen des Geschäfts der laufenden Verwaltung wahrgenommen. Der Antrag wird damit als erledigt betrachtet.</p>	
V.19. - 542	Freie Wähler	<p>Bericht über die Auswirkungen von zonalen Fahrverboten in Stuttgart auf das Umland</p> <p>Es wird über die verkehrlichen Auswirkungen von zonalen Fahrverboten berichtet.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Soweit dem VRS dafür Daten von den zuständigen Stellen zur Verfügung gestellt werden.</p>	
V.20. - 544	Freie Wähler	<p>Brennstoffzellentechnologie einsetzen</p> <p>Die Fahrzeuge der Expressbuslinien sollen emissionsfrei unterwegs sein. Als Pilotprojekt werden die Fahrzeuge einer Linie mit Brennstoffzellenantrieb ausgerüstet.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Da der Einsatz von Brennstoffzellenbussen in der Region schon probeweise stattgefunden hat, wird über die Ergebnisse der Erprobung berichtet. Da der Einsatz der vorhandenen Expressbusse vertraglich fixiert ist, wird mit Unterstützung der WRS geprüft, ob ein weiterer Anwendungsfall für die Erprobung von Brennstoffzellenbussen sinnvoll ist.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.21. - 530	LINKE	<p>Mittel für das Turmforum streichen</p> <p>Die geplanten Mittel für die „Konzeption einer Ausstellungsfläche (Turmforum)“ und für das „Turmforum“ ersatzlos zu streichen.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Besucherzahlen belegen das Anliegen der Bürgerschaft, eine umfangreiche Information über die S21-Baustelle zu erhalten.</p>	
V.22. - 531	LINKE	<p>Für ein Sozialticket im VVS</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Regionalversammlung fordert die Vertreter des Verbands Region Stuttgart im Aufsichtsrat des VVS auf, die Erstellung eines Konzeptes für ein VVS-weites Sozialticket zu beantragen. Das Sozialticket soll für alle Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII, WoGG und AsylbLG gelten. Als Basispreis ist der Leistungsanteil für Verkehr im Regelbedarf nach Regelbedarf-Ermittlungsgesetz (RBEG) für Bezieher von Leistungen nach SGB II anzustreben. • Bei der Konzepterstellung ist insbesondere auf eine wirksame Begrenzung des Abmangels sowie auf eine Berücksichtigung eventueller Mehreinnahmen durch Gewinnung neuer Kunden zu achten. • Anhand des erstellten Konzeptes sollen die voraussichtlichen Kosten ermittelt werden und im Aufsichtsrat des VVS sowie in den beteiligten Gebietskörperschaften Landkreise, Stadt Stuttgart und Verband Region Stuttgart vorgestellt werden. Auch die Erfahrungen des Stuttgarter Modells und das im Kreis Böblingen beschlossene Angebot sind mit zu berücksichtigen. • Die für die Konzepterstellung gegebenenfalls anteilig notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt zu berücksichtigen. 	<p>Zusammen mit. mit V.12, V.37.</p> <p>Keine Zustimmung.</p> <p>Es hat sich kein grundsätzlich neuer Sachverhalt ergeben. Die Verantwortung für die Einführung von Sozialtickets liegt bei den örtlichen Sozialhilfeträgern.</p>	
V.23. - 532	LINKE	<p>polygo - Multimodale Mobilitätsplattform erstellen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem VVS die Schaffung einer multimodalen Mobilitätsplattform in öffentlicher Trägerschaft für das Projekt polygo in Auftrag zu geben. 2. Die Verwaltung beziffert die hierfür zusätzlich notwendigen Mittel zur Abgeltung der Leistungen und stellt diese in den Haushaltsplan 2019 sowie die mittelfristige Finanzplanung ein. 3. Die Verwaltung prüft die hierfür ggf. notwendigen Stellenanteile und passt den Stellenplan bedarfsdeckend an. 	<p>Zusammen mit. mit V.09.</p> <p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Gemeinsam mit den polygo-Partnern wird durch den VVS eine Konzeption für die künftige Ausrichtung von polygo erarbeitet. Nach Vorstellung der Ergebnisse kann über das weitere Vorgehen entschieden werden.</p>	

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschus- ses
V.24. - 533	LINKE	<p>Durchgehende Nacht-S-Bahn in der Region einführen</p> <p>1. Die Verwaltung erstellt Betriebsvarianten mit dazugehöriger Kostenberechnung für einen durchgehenden S-Bahn-Nachtverkehr von Montag bis Sonntag sowie für einen verlängerten Spätverkehr und stellt diese Varianten dem Verkehrsausschuss zur Diskussion und gegebenenfalls zur Beschlussfassung vor. Insbesondere sollen hierbei geprüft werden:</p> <p>a) Die Ausweitung des werktäglichen Spätverkehrs (Halbstundentakt) auf der S- Bahn bis ca. 2.00 Uhr.</p> <p>b) Die Übertragung des derzeitigen Wochenend- bzw. Feiertags-Spätverkehrs auf die gesamte Woche.</p> <p>2. Die Verwaltung führt Gespräche mit den übrigen Aufgabenträgern des ÖPNV mit dem Ziel, das Interesse an einer Ausweitung des S-Bahn-Nachtverkehrs sowie einer Ausweitung des An- und Abdienverkehrs zu eruieren.</p> <p>3. Die für die Erstellung der Betriebsvarianten erforderlichen Mittel sind im Haushalt darzustellen und zu veranschlagen.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Der Fahrgastansturm in der S-Bahn erfordert derzeit eine Konzentration auf Verbesserungen des Verkehrsangebots während der Tageszeiten.</p>	
V.25. - 534	LINKE	<p>1. Klasse in der S-Bahn</p> <p>1. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Vorberatung im Verkehrsausschuss die Nutzungszahlen sowie den Auslastungsgrad der 1. Klasse in der S-Bahn darzustellen, insbesondere während der Hauptverkehrszeiten. Die zusätzlichen Einnahmen der 1. Klasse im VVS-Bereich sind ebenfalls auszuweisen, soweit sie abgrenzbar sind.</p> <p>2. Die Verwaltung ergreift die notwendigen Schritte, damit die 1. Klasse in den S-Bahn-Zügen künftig entfällt und die abgetrennten Bereiche der 1. Klasse Fahrgästen mit besonderen Bedürfnissen bzw. allen Fahrgästen zur Verfügung stehen, etwa als Ruhe- oder Rückzugsabteil.</p>	<p>Zu 1.: Zustimmung.</p> <p>Zu 2.: Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Über das weitere Vorgehen soll nach der Berichterstattung zu Punkt 1. entschieden werden.</p>	
V.26. - 535	LINKE	<p>Schaffung einer permanenten Koordinationsstelle in der SSB-Betriebsleitstelle</p> <p>Die Regionalversammlung Stuttgart fordert die Schaffung einer permanenten Stelle in der SSB-Betriebsleitstelle zur Koordination in Notfällen zwischen der Deutschen Bahn (verantwortlich für den S-Bahnbetrieb) und der SSB (verantwortlich für Stadtbahn- und Busbetrieb), die schon bei beginnenden Unregelmäßigkeiten reagiert. Diese Stelle soll vom Start der morgendlichen Hauptverkehrszeit bis zum Ende der abendlichen Hauptverkehrszeit durchgehend besetzt sein.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Es ist Angelegenheit der Verkehrsunternehmen, sich über eine geeignete Koordination der Verkehre zu verständigen und für eine adäquate Personalausstattung in diesem Sinne zu sorgen.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.27. - 536	LINKE	<p>Einladung an Bahnchef Richard Lutz in den Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart</p> <p>Der Verband Region Stuttgart lädt Bahnchef Richard Lutz in den Verkehrsausschuss des Verbandes Region Stuttgart ein, um Versäumnisse in der Kommunikation zum Bauprojekt Stuttgart 21 aufzuspüren und Klarheit über künftige Beeinträchtigungen während der Restbauphase zu gewinnen.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Die Kommunikation und Berichterstattung über den Lenkungskreis von S21 deckt das Anliegen ab.</p>	
			<p>Grundsätzliche Anmerkung zu den Anträgen V.28., V.29., V.30., V.33. und V. 34 FDP:</p> <p>In der Sitzung vom 14.11. bzw. 16.11.2018 wird über die Behandlung der Anträge entschieden. Eine Umsetzung der in den Anträgen eingeforderten Anliegen ist erst nach einem vom Gremium gefassten Beschluss möglich.</p>	
V.28. - 553	FDP	<p>P+R-Bauprogramm – P+R-Plätze Fellbach</p> <p>Der Verband Region Stuttgart berichtet in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 14.11.2018 (gegebenenfalls auch in der Sitzung vom 16.11.2018) ob und welche Pläne im Zusammenhang mit dem Ausbau der P+R-Plätze in Fellbach in der Nähe zum Bahnhof Fellbach bestehen.</p> <p>Wie sich derzeit die Nutzungssituation des Kappelbergtunnels darstellt und ob zu bestimmten Tageszeiten die Kapazität des Tunnels bereits überschritten wird, so dass Entlastungsmaßnahmen notwendig sind.</p> <p>Welche Mittel für einen schnellen Ausbau des P+R-Angebotes insbesondere mit Blick auf etwaige Euro-4-Diesel Fahrverbote im Luftreinhalteplan für Stuttgart im Haushaltsplan 2019 bereitgestellt werden müssen beziehungsweise welche Mittel das Land für einen Ausbau zugesagt hat.</p> <p>Ob es möglich ist, dass der Verband für eine rasche Umsetzung gegebenenfalls finanziell in Vorlage geht und welche Mittel dafür im Haushalt 2019 notwendig wären.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Über das Potenzial zur Errichtung von zusätzlichen P+R-Möglichkeiten in der Region wird berichtet.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.29. - 554	FDP	<p>Kostenverantwortung Land - Luftreinhalteplanung</p> <p>Der Verband Region Stuttgart berichtet in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 14.11.2018 (gegebenenfalls auch in der Sitzung vom 16.11.2018) wie der aktuelle Stand der Gespräche zur Übernahme der durch die Luftreinhaltemaßnahmen für Stuttgart bei den für die Region verursachten Kosten durch das Land ist.</p> <p>Er lässt gutachterlich rückwirkend prüfen, zu welchen im Rahmen des ÖPNV-Paktes beschlossenen Maßnahmen er überhaupt verpflichtet ist beziehungsweise war. Für diese rechtliche Prüfung stellt er die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2019 bereit.</p> <p>Er lässt insbesondere rechtlich prüfen, inwieweit die VVS-Tarifzonenreform eine Maßnahme ist, die als Maßnahme des Luftreinhalteplan zu werten und deswegen durch das Land auf Dauer zu finanzieren ist.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Anstelle einer juristischen Auseinandersetzung mit dem Land wird es für zielführender erachtet, in den Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium die Beteiligung des Landes an den geplanten ÖV-Ausbaumaßnahmen zu klären.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.30. - 555	FDP	<p>ETCS – Beschaffung von S-Bahn-Zügen – Zweite Stammstrecke</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 14.11.2018 (gegebenenfalls auch in der Sitzung vom 16.11.2018) wie lange die beim Einsatz von ETCS zu erreichenden zusätzlichen Kapazitäten bei der derzeitigen Steigerung der ÖPNV-Nutzung beziehungsweise bei der durch die Luftreinhaltemaßnahmen erwarteten Veränderung des Modal Splits reichen.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart beantragt beim Land die komplette Übernahme der Kosten der Einführung von ETCS, soweit die Kosten nicht durch Dritte übernommen werden, mit dem Verweis auf den Entwurf des Luftreinhalteplans, Seite 85, wonach die Einführung als Möglichkeit der Verbesserung der Schadstoffsituation diskutiert wird: „Durch ETCS wird eine kürzere Zugfolge auf der S-Bahn-Stammstrecke zwischen Mitnachtstraße und Schwabstraße erwartet und somit die Verlässlichkeit gesteigert. Der Einbau von ETCS könnte parallel mit der Erneuerung der Technik des Stellwerks im Zuge von Stuttgart 21 erfolgen.“</p> <p>3. Der Verband Region beziffert die Zahl, des durch die Luftreinhaltemaßnahmen ausgelösten Bedarfs an zusätzlichen S-Bahn-Zügen. Er vereinbart mit dem Land eine komplette Kostenübernahme für diese Züge, die auch durch eine für die Region haushaltsneutrale Bereitstellung der Züge in einem landeseigenen Pool erfolgen kann. Bei der Ermittlung des Bedarfes wird berücksichtigt, dass durch eine Fortführung der VVS-Tarifreform weiteres Potenzial an Umsteigenden erschlossen werden kann.</p> <p>Für den Fall, dass in diesem Fall rechtliche Beratung zur Frage nötig ist, wie weit die Kosten durch das Land zu tragen sind, beziffert die Geschäftsstelle einen ausreichenden Etatposten und stellt ihn zur Beschlussfassung in den Haushaltsplanentwurf ein.</p> <p>4. Der Verband Region Stuttgart prüft zusammen mit dem Land, das gegebenenfalls wie unter Punkt 3 angesprochen, die Züge direkt bereitstellt, mit welchen Zugtypen sich der Sitzplatzbedarf und die Gesamtkapazität optimal ausbauen lässt. Dabei werden auch Doppelstockwagen, wie sie in Paris oder Zürich im Einsatz sind, in die Untersuchung mit einbezogen.</p> <p>Für diese Untersuchung notwendige Mittel sind von der Geschäftsstelle in ausreichender Höhe in den Haushaltplan 2019 einzustellen und der Regionalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.</p> <p>5. Der Verband berichtet, welche weiteren Maßnahmen spätestens nach der Ausschöpfung der durch den Einsatz von ETCS zu erreichenden zusätzlichen Kapazitäten im ÖPNV zur Verfügung stehen, um die Zahl der Stuttgart ansteuernden oder durchquerenden Pkw weiter zu senken. Dabei sind alle infrage kommenden Maßnahmen wie Straßenbaumaßnahmen, etwaige zweite Stammstrecke und alternative Verkehrskonzepte einzubeziehen und, wenn noch nicht vorhanden mit Daten zu ihrer Wirksamkeit zu unterlegen.</p>	<p>Zu 1.: Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Zu 2.und 3.: Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Zu 4.: Keine Zustimmung.</p> <p>Punkt 5.: Erledigt.</p> <p>Erläuterungen s.u.Seite 33</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.31. - 556	FDP	<p>S-Bahn - ÖPNV – Modellprojekt Trinkbrunnen an S-Bahn-Stationen</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart erstellt zusammen mit der DB-Services GmbH ein Konzept für die Ausrüstung der S-Bahn-Stationen mit Trinkbrunnen.</p> <p>a. Im Haushalt 2019 werden dafür in einer ersten Tranche 20.000 Euro bereitgestellt, die für die Erstellung des Konzeptes und die Einrichtung von Trinkbrunnen an derzeitigen S-Bahn-Halt im Stuttgarter Hauptbahnhof als Versuchsanlagen verwendet werden können.</p> <p>b. Der künftige S21-Tiefbahnhof ist in die Planung mit einzubeziehen.</p> <p>c. Die Versorgung der Hauptbahnhof-Trinkbrunnen mit Stuttgarter Mineralwasser ist anzustreben.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>In Anbetracht der im Verkehrsbereich in den nächsten Monaten umzusetzen den Maßnahmen wird das Anliegen als nachrangig betrachtet.</p>	
V.32. - 559	FDP	<p>S-Bahn - ÖPNV – Einsatz von Spiegeln und/oder Fahrzeugkameras zur Absicherung von Fahrgästen</p> <p>Der Verband Region Stuttgart prüft den Einsatz von Spiegelsystemen beziehungsweise Kamerasystemen mit dem Ziel, die Sicherheit der S-Bahn-Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen zu erhöhen. Er fragt dazu auch benachbarte Verbünde ab und beziffert rechtzeitig vor Abschluss der Haushaltsberatungen die Kosten, die durch eine solche technische Absicherung entstehen, und macht einen Vorschlag für die Umsetzung.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Über entsprechende Maßnahmen im S-Bahn-Bereich wird berichtet. Bei den angesprochenen Anlagen handelt es sich um betriebliche Anlagen, die im Verantwortungsbereich der Bahnunternehmen liegen. Die Sicherheit des Bahnbetriebs wird im Zusammenspiel zwischen Bahnunternehmen, Eisenbahn Bundesamt und Bundespolizei gewährleistet. Die Anforderungen an Sicherheitseinrichtungen werden von diesen Institutionen bestimmt.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.33. - 560	FDP	<p>S-Bahn – Sicherer Waggon</p> <p>Der Verband Region Stuttgart berichtet in der Sitzung vom 14.11.2018 (gegebenenfalls auch in der Sitzung vom 16.11.2018) über die Straftaten, die sich in den S-Bahn-Zügen in der Region Stuttgart 2016, 2017 und bis zum 30.09.2018 ereignet haben.</p> <p>Der Verband Region Stuttgart entwickelt zusammen mit dem VVS und der Bundespolizei ein Konzept „Sicherer Waggon“, bei dem Sicherheitsmitarbeiter zu bestimmten Zeiten verlässlich in einem bestimmten Bereich des Zuges mitfahren. Für die Umsetzung des Konzeptes in einem Modellversuch werden 10.000 Euro als erste Tranche in den Haushalt 2019 eingestellt.</p>	<p>Zusammen mit. mit V.40. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Bundespolizei wird gebeten, im Ausschuss einen Bericht über die Sicherheitslage in S-Bahn-Zügen abzugeben.</p>	
V.34. - 562	FDP	<p>S-Bahn - ÖPNV – Modellversuch Notfallsäulen</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet in der Sitzung vom 14.11.2018 (gegebenenfalls auch in der Sitzung vom 16.11.2018) über die Vorfälle und Unfälle, die sich auf den VVS-Strecken in der Region Stuttgart 2016, 2017 und bis zum 30.09.2018 ereignet haben und bei denen Personen zu Schaden kamen, beziehungsweise nur durch glückliche Umstände nicht zu Schaden kamen.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart berichtet dazu über Rettungseinsätze von Rettungsdiensten und Notärzten auf den VVS-Strecken und den Bahnhöfen/Haltestellen in der Region Stuttgart 2016, 2017 und bis zum 30.09.2018.</p> <p>3. Der Verband Region Stuttgart beschließt einen Modellversuch mit der Aufstellung von insgesamt zehn Notfallsäulen (insgesamt fünf Stationen). Er wählt dazu die höchstfrequentierten Stationen beziehungsweise die Stationen mit der höchsten Zahl an Vorfällen aus den vorgenannten Berichten.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Im vorhandene Meldesystem spielen zunehmend Mobiltelefone eine Rolle. Die bisher zu diesem Sachverhalt dargelegte Sachlage hat sich nicht verändert.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.35. - 563	FDP	<p>S-Bahn - ÖPNV – Gestaltung der Stationen und Barrierefreiheit</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart erstellt zusammen mit der DB-Services GmbH und unter Einbeziehung der Kommunen mit S-Bahn-Haltepunkten ein Corporate-Identity (CI)-Konzept für die Gestaltung von Stationsschildern/Stationsinformationen und die Stationsgestaltung insgesamt. Ziel soll es sein, nicht nur die Stationen ansprechender gestalten, sondern auch die Dienstleistung die VRS und Kommunen mit dem ÖPNV erbringen, stärker ins Bewusstsein der Nutzenden zu bringen. Eine Kombination aus VRS-Logo / Gemeindewappen und Stations-/Gemeindenamen in ansprechender Gestaltung sollte der Ausgangspunkt des Konzeptes sein. Dafür werden im Haushalt 2019 in einer ersten Tranche 50.000 Euro bereitgestellt, die für die Erstellung des Gestaltungskonzeptes, des Konzeptes für eine mögliche technische Umsetzung dienen sollen. Eine erste Umsetzung in Form von Modellanlagen soll bereits 2019 bevorzugt auf den Bahnhöfen entlang der Remstalgartenschau erfolgen. Es ist dabei zu prüfen, welche technischen Möglichkeiten genutzt werden können und ob teilnehmenden Kommunen die ausgewählten Anlagen gegebenenfalls kostenlos zur Verfügung gestellt werden können.</p> <p>2. Im Zuge des Projektes werden auch alle Gestaltungsmaßnahmen einbezogen, die der Barrierefreiheit dienen. Dazu sind Anregungen aus benachbarten Verbänden einzuholen (z.B. München Kombination aus ertastbaren Buchstaben und Brailleschrift an Stahlgeländern) und eigene Projekte (taktile Leithilfen, LED-Führung) zu verstärken.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Möglichkeiten zur Ergänzung von durch die Bahn bundesweit vorgegebenen Beschilderungen werden mit den Bahnunternehmen erörtert und die Ergebnisse im Ausschuss vorgestellt.</p>	

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschus- ses
V.36. - 523	AfD	<p>Studie zur Prüfung der Kosten, Ersparnisse und verkehrlichen Auswirkungen eines Bürgertickets (Fahrscheinloser ÖPNV)</p> <p>Beim einem Bürgerticket (auch: Fahrscheinloser ÖPNV) erwerben alle Bürger einer Stadt oder Region nach dem Flatrate-Prinzip eine generelle Fahrberechtigung, für die –anders als beim kostenfreien Nahverkehr- ein bestimmter Betrag zu entrichten ist. Das Motiv dabei ist, durch einen niedrighschwelligen Zugang und eine umfassende Nutzungsmöglichkeit die Teilnehmer am motorisierten Individualverkehr vermehrt zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen.</p> <p>Dieses Ziel wird durch das Bürgerticket erreicht, wie u.a. die Beispiele Hasselt (Belgien), Vitré (Frankreich) oder Tallin (Estland) belegen. Diese sind jedoch in Größe und Struktur nicht mit der Region Stuttgart vergleichbar, die dortigen Ergebnisse daher nur in sehr eingeschränktem Maß übertragbar.</p> <p>Es soll deshalb eine Studie zur Prüfung der Kosten, Ersparnisse und verkehrlichen Auswirkungen eines Bürgertickets für die S-Bahn im VRS erstellt werden. Die Kosten für diese Studie sollten 100.000€ nicht übersteigen, sie soll nach der Sommerpause 2019 der Regionalversammlung vorgelegt werden.</p> <p>Dieser Antrag wurde von der AfD bereits letztes Jahr gestellt und von der Geschäftsstelle mit dem – angenommenen- Beschlussvorschlag „Keine Zustimmung – Der Ansatz geht über die angestoßenen Untersuchungen zur Tarifreform des VVS hinaus“ bedacht. Die Tarifreform aber ist mittlerweile –auch mit unseren Stimmen- beschlossen. Es besteht daher kein Hinderungsgrund mehr, Untersuchungen zu neuen Ansätze anzustoßen.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Zunächst sollten die Auswirkungen der Tarifzonenreform abgewartet werden.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.37. - 524	AfD	<p>Antrag: Sozialticket - fair, regional, einfach und einheitlich</p> <p>Die Regionalversammlung fordert die Repräsentanten des VRS im Aufsichtsrat des VVS auf, sich für die Prüfung der Einführung eines Sozialtickets einzusetzen und dafür die Entwicklung eines Konzeptes für ein VVS-weites Sozialticket zu beantragen.</p> <p>Das Sozialticket soll für alle Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII, WoGG, AsylbLG sowie Bezieher des Kinderzuschlages nach dem § 6a BKGG gelten.</p> <p>Als Berechnungsgrundlage ist der Leistungsanteil für Verkehr im Regelbedarf nach § 6 RBEG zu berücksichtigen.</p> <p>1. Bei der Konzeptentwicklung ist ein Modell unter den Gesichtspunkten fair, regional und einheitlich zu erarbeiten, welches eine durch die Aufgabenträger für die Verkehrsunternehmen beziehungsweise den VVS in Höhe der ermittelten Einnahmenverluste zum Tag der Einführung vorsieht und zusätzliche Einnahmen durch Neukundengewinnung nach Einführung anteilig zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen beziehungsweise VVS aufteilt.</p> <p>2. Anhand des erstellten Konzeptes sollen die voraussichtlichen Kosten ermittelt werden und im Aufsichtsrat des VVS sowie den beteiligten Gebietskörperschaften Landkreise, Stadt Stuttgart und VRS unter Einbindung der Erfahrungen des Stuttgarter Modells vorgestellt werden.</p> <p>3. Die für die Konzeptentwicklung ggf. anteilig für den VRS notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt zu berücksichtigen.</p>	<p>Zusammen mit. mit V.12, V.22.</p> <p>Keine Zustimmung.</p> <p>Es hat sich kein grundsätzlich neuer Sachverhalt ergeben. Die Verantwortung für die Einführung von Sozialtickets liegt bei den örtlichen Sozialhilfeträgern.</p>	
V.38. - 525	IP	<p>Erarbeitung einer Studie zur Problematik „Wie gelangt man von der Wohnstätte zu einem Bahnhof des ÖPNV“</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine Studie in Auftrag zu geben, unter welchen Bedingungen die Bürger der Region Stuttgart bereit wären, die Strecke von ihrer Wohnstätte zu einem Bahnhof des ÖPNV mit einem autonomen Fahrzeug eines TAXI-Unternehmens zurückzulegen.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Das Anliegen erfordert eine differenzierte wissenschaftliche Ausarbeitung, die nicht Aufgabe des VRS ist und nicht ohne Modellvorhaben verlässlich eruiert werden kann.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.39. - 526	IP	<p>Trennung der S-Bahn von der Bundesbahn im Gebiet des Verbands Region Stuttgart</p> <p>Die Gruppe Innovative Politik schlägt vor, im gesamten Bereich der Region Stuttgart die S-Bahn technisch eigenständig auf nur von der S-Bahn genutzten Gleisen und vollständig getrennt von den technischen Einrichtungen der Bundesbahn zu betreiben. Wie man ein solches Vorhaben in entsprechende neue Verträge einbetten kann, ist nicht Gegenstand dieses Antrages.</p> <p>Antrag Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. als ersten Schritt die betriebswirtschaftlichen und juristischen Rahmenbedingungen für ein Vorhaben „Komplette technische Trennung der S-Bahn vom sonstigen Bahnverkehr“ aufzulisten, 2. eine erste grobe Abschätzung der Kosten für eine komplette technische Trennung des SBahn-Betriebs vom sonstigen Bahnbetrieb vorzunehmen, 3. Vertreter der Bahn-AG zu einem Meinungsaustausch mit den Mitgliedern des VKA zum Thema „Vorteile einer kompletten technischen Trennung der S-Bahn vom sonstigen Bahnverkehr“ einzuladen. 	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Das Anliegen wird angesichts der in der Region vorliegenden Rahmenbedingungen als unrealistisch angesehen.</p>	
V.40. - 527	IP	<p>Sicherheit für Fahrgäste im S-Bahnsystem</p> <p>Die vorhandene wie auch die gefühlte Sicherheit im S-Bahnsystem für Fahrgäste überzeugt nicht. Unabhängig von den bisherigen Bemühungen zur Verbesserung der Sicherheit ist der Eindruck der Fahrgäste entscheidend. Wer fährt noch nachts „unbeschwert“ allein mit der S-Bahn? Die Ursachen für diesen Zustand, der ab 2015 zu wirken begann, sind bekannt und nicht Thema dieses Antrages. Wir müssen erreichen, dass die S-Bahn ein Image als extrem sicherer Ort für die sie benutzenden Reisenden bekommt.</p> <p>Antrag Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine Studie in Auftrag zu geben, mit welchen technischen Methoden die tatsächliche wie auch gefühlte Sicherheit für Fahrgäste verbessert werden kann. Im besonderen Focus sollten Tageszeiten mit geringem Passagieraufkommen liegen, zum Beispiel nachts.</p>	<p>Zusammen mit. mit V.33. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Bundespolizei wird gebeten, im Ausschuss einen Bericht über die Sicherheitslage in S-Bahn-Zügen abzugeben.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.41. - 552	IP	<p>Weiterführung der S- Bahn von Neuhausen ins Neckartal</p> <p>„Der Verband Region Stuttgart klärt, welche Konsequenzen aus der Machbarkeitsstudie Verlängerung der S 2 von Neuhausen ins Neckartal gezogen werden.“</p>	<p>Zusammen mit. mit V.01, V.11, V.14. Zustimmung.</p> <p>Der Haushaltsansatz wird um 150.000 Euro erhöht. Zur Vorbereitung einer standardisierten Bewertung, die mehrere Mio. Euro Planungskosten erfordern würde, wird eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit verschiedener Varianten durchgeführt.</p>	

V.30. – 555 FDP (s. Seite 25)

Zu 1.:

Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:

Eine Abschätzung des künftigen Fahrgastpotenzials und der aus dieser Nachfrage entstehenden Auslastung des Angebots wird erstellt.

Zu 2.und 3.:

Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:

Es wird auf die Einschätzung zu V.29 verwiesen. Entsprechende Verhandlungen mit dem Land werden aufgenommen.

Zu 4.:

Keine Zustimmung.

Aus betrieblichen Gründen und wegen des erforderlichen schnellen Fahrgastwechsels ist der Einsatz der bisherigen Fahrzeugtypen am besten geeignet. Die vorgeschlagene Bereitstellung von Fahrzeugen durch eine Landesgesellschaft würde eine vertragliche Beziehung der Landesgesellschaft mit der S-Bahn Stuttgart erfordern. Eine solche Dreiecksbeziehung zwischen Landesgesellschaft, S-Bahn Stuttgart und VRS wird als wenig transparent im Hinblick auf Zahlungsflüsse gesehen.

Punkt 5.:

Erledigt.

Im RVP sind umfangreich mögliche zusätzliche ÖV- und IV-Ausbaumaßnahmen und deren Wirkungen dargestellt.

III. Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 21.11.2018:

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.01 - 599	CDU	<p>Sicherung Facharbeiter in der Region</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, gemeinsam mit der WRS eine Meta-Studie zum Thema Facharbeiter zu erstellen und dabei insbesondere die folgenden Fragestellungen in den Blick zu nehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wo fehlen heute bzw. perspektivisch in den nächsten zehn Jahren Facharbeiter? • Welche Menschen sind heute ohne Arbeit – insb. Fokus auf Jugendliche unter 25 Jahren und Geflüchtete – und welche Qualifizierungsangebote sind erforderlich / sind bisher erfolgreich? • Welche Arbeitsplätze werden durch den Industriewandel wegfallen? • Welche Qualifikationen sind zukünftig für Facharbeiter erforderlich? 		
W.02 - 600	CDU	<p>Rahmenprogramm Remstal Gartenschau</p> <p>Vom 10. Mai bis zum 20. Oktober 2019 findet in 16 Kommunen im Remstal die erste interkommunale Landesgartenschau Baden-Württembergs statt. Neben „Unendlich Raum für NATUR“ und „Unendlich Raum für GENUSS“ gibt es auch die beiden Schwerpunkte „Unendlich Raum für BEWEGUNG“ und „Unendlich Raum für KULTUR“. Mit der SportRegion und der KulturRegion existieren in der Region Stuttgart zwei Einrichtungen, die prädestiniert dafür sind, ein regionales Rahmenprogramm zu gestalten.</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, mit der SportRegion und der KulturRegion Gespräche zu führen, um</p> <ul style="list-style-type: none"> • mit passenden Sport- und Kulturveranstaltungen, die in der Zeit der Remstal Gartenschau in der dortigen Raumschaft stattfinden, zu kooperieren, um einen regionalen Bezug herzustellen, • eventuell eigene Events zu veranstalten, mit denen für die Region geworben werden kann. <p>Im Haushalt 2019 sind für die SportRegion und die KulturRegion 25.000 Euro (je 12.500 Euro) für zusätzliche Veranstaltungen im Rahmen der Remstal Gartenschau bereitzustellen.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.03 - 602	CDU	<p>Deutschland-Tour – Fortsetzung folgt...</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ul style="list-style-type: none"> • sich gemeinsam mit der LHS Stuttgart um die Austragung einer Etappe der Deutschland-Tour im Jahr 2019 zu bewerben sowie • in jedem Fall die Austragung einer Jedermann-Tour zu organisieren, • die SportRegion zu bitten, die Bewerbung mit ihrem Knowhow und ihren Verbindungen koordinierend und organisatorisch zu unterstützen. <p>Die Schlussetappe der Deutschland-Tour am 26. August 2018 in Stuttgart war ein voller Erfolg, der der Region Stuttgart bundesweite Aufmerksamkeit sicherte. Auch die Jedermann-Tour mit über 3.000 Teilnehmer/-innen und ein gelungenes Rahmenprogramm sorgten dafür, dass sich die Landeshauptstadt und die Region von ihrer besten Seite zeigte. Dies soll kein einmaliges Ereignis bleiben.</p>		
W.04 - 603	CDU	<p>Deponiekapazitäten für Aushubmaterial in der Region Stuttgart</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, zu berichten, welche Deponiemöglichkeiten für Aushub aller Klassen (jeweils einzeln) in der Region bestehen und ob diese ausreichend sind; darzustellen, in welchem Umfang und wo genau Aushub außerhalb der Region deponiert/ verarbeitet wird; welche Deponiekapazitäten sich wo und ab wann abzeichnen und wie sie in der Region bereitgestellt werden könnten.</p>		
W.05 - 604	CDU	<p>Ansiedlungs-Strategie für Firmen mit EU-Sitz im Vereinigten Königreich (UK) in die Region</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, zusammen mit der WRS bis Anfang 2019 ein Konzept zur Ansiedlung europäischer Headquarter von internationalen Firmen, deren aktuelles europäisches Headquarter in UK ist, zu erstellen. Dabei sollen auch Möglichkeiten der Kooperation mit der Baden-Württemberg International GmbH (bwi) ausgelotet werden. Die WRS soll benennen welche finanziellen Mittel für die Umsetzung des Konzeptes benötigt werden. Diese Mittel werden mit einem Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.06 - 610	CDU	<p>Bildung – Qualifikation – lebenslanges Lernen</p> <p>Im betrieblichen Alltag ist häufig zu beobachten, dass „formale“ und „faktische“ Qualifikation differieren. Arbeitnehmer/-innen haben einen Beruf erlernt, erwerben aber im Laufe ihres Berufslebens Kenntnisse und Fähigkeiten hinzu, die sie formal nicht nachweisen können.</p> <p>Die WRS wird beauftragt,</p> <ul style="list-style-type: none"> • in Zusammenarbeit mit der Fachkräfteallianz zu überlegen, ob es eine Möglichkeit gibt, diese „faktischen“ Qualifikationen zu geeigneten „formalen“ Abschlüssen/Zertifikaten/berufliche Anerkennungen zu bringen und • im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung regelmäßig darüber zu berichten. 		
W.07 - 593	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Gemeinwohl-Ökonomie in den Unternehmen der Region fördern</p> <p>Die WRS wird beauftragt in Kooperation mit der IHK über Veranstaltungen, Workshops, Runde Tische und vorhandene Netzwerke das Thema Gemeinwohl-Ökonomie bei den Unternehmen in der Region bekannter zu machen und aktiv zu fördern. Ziel ist es in der Wirtschaft der Region Stuttgart UnternehmerInnen zu gewinnen, die bereit sind, in ihren Betrieben eine Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.08 - 594	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Fairer Verband Region Stuttgart</p> <p>1) Faire Beschaffung Die Verwaltung erstellt eine Übersicht, welche beschafften Artikel bereits den Richtlinien einer ökofairen und sozialen Beschaffung entsprechen. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass Produkte, die nicht nach den ILO- Kernarbeitsnormen hergestellt wurden oder bei denen ausbeuterische Kinderarbeit durch entsprechenden Nachweis nicht ausgeschlossen werden kann, oder deren ökologische Unbedenklichkeit auf Mensch und Umwelt nicht durch Labels und Zertifikate bestätigt sind (z.B. Papier ausschließlich als 100% Recyclingpapier mit FSC-Siegel zukünftig nicht mehr beschafft werden.</p> <p>2) Faire Sitzungen und Veranstaltungen Bei Sitzungen werden ausschließlich Fairtrade-Tee und Fairtrade-Kaffee angeboten. Falls neben dem regionalen Apfelsaft aus Streuobstwiesen andere Getränke angeboten werden stammen diese aus fairer, oder vorzugsweise regionaler nachhaltiger Produktion. Externe Caterer werden entsprechend auf diesen Beschluss hingewiesen.</p> <p>3) Nicht nur fair zu der Welt, sondern auch fair zu den eigenen Mitarbeitenden Den Verwaltungsmitarbeitenden wird ein Jobticket nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Stuttgart angeboten. (Dieses umfasste bisher eine Monatskarte für die Zonen 10 und 20 zum Eigenanteil von ca. 30 Euro. Mit der neuen Tarifzonenstruktur und der Zusammenfassung der Zonen 10 und 20 in eine Zone wird das Ticket entsprechend angepasst). Für die Bezieher*innen des Jobtickets, die darüber hinaus Zonen in Anspruch nehmen, gibt es ein gesondertes Modell, das den Zuschuss beinhaltet. Der künftige Zuschuss liegt bei durchschnittlich 27 Euro pro Monat und Ticketnutzer*in. Des Weiteren beantragen wir einen Bericht über das Angebot zu flexiblen Arbeitszeiten und / oder Telearbeit für unsere Beschäftigten.</p> <p>4) Die WRS bietet eine Veranstaltung zum Fairen Handel an. Diese Veranstaltung richtet sich an die Fairtrade-Towns Mitgliedskommunen der Region und solche, die es werden wollen. Neben dem inhaltlichen Austausch sollte die Veranstaltung auch ein Schwerpunktthema haben, wie Faire Beschaffung im Textilbereich o.ä.</p>		
W.09 - 595	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Innovative Mobilitätskonzepte im Rahmen der IBA</p> <p>Im Rahmen der Haushaltsplanung wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,5 Mio. Euro (bis 2027) für innovative Mobilitätskonzepte im Rahmen der IBA eingestellt.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.10. - 596	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Beteiligung der WRS an der Hochschul- und Wissenschaftsregion e.V.</p> <p>Die Geschäftsstelle wird gebeten darüber zu berichten, mit welchen Ressourcen seitens der Wirtschaftsförderung die Beteiligung des VRS an der Hochschulregion derzeit unterlegt ist.</p>		
W.11. - 572	SPD	<p>Öffentlichkeitsarbeit in europäischen Angelegenheiten verstärken</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeitsarbeit in europäischen Angelegenheiten zu verbessern. Ein geeintes, sicheres und wirtschaftlich starkes Europa garantiert unseren Wohlstand. Dies muss den Menschen besser vermittelt werden.</p>		
W.12. - 573	SPD	<p>Mehr Unterstützung kleinen und mittleren Unternehmen zusichern</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt. mehr Unterstützung vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zuzusichern. damit diese die Herausforderungen der digitalen Wirtschaft bewältigen können.</p>		
W.13. - 574	SPD	<p>Bericht über Gründerkultur, Startup-Szene und Aktivitäten vorlegen</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, die Gründerkultur und Startup-Szene in unserer Region in Zusammenarbeit mit den Kammern der Wirtschaft und den in diesen Bereichen aktiven kommunalen Wirtschaftsförderern weiterhin zu stärken und einen Bericht über die Aktivitäten in diesem Bereich vorzulegen.</p>		
W.14. - 575	SPD	<p>Kommunen beim Ausbau leistungsfähiger Glasfasernetze unterstützen</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt. die Kommunen beim Ausbau leistungsfähiger Glasfasernetze für Wirtschaft, Schulen und Privathaushalte zu unterstützen und über eine regelmäßige Evaluierung im WIV zu berichten.</p>		
W.15. - 577	SPD	<p>Verbindlicheren Austausch im Bereich Wirtschaft sicherstellen</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, einen verbindlicheren Austausch der Kommunalen Wirtschaftsförderer mit der Wirtschaftsförderung der Region sicherzustellen.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.16. - 579	SPD	<p>Berichtsformat zur Förderung der Elektromobilität entwickeln</p> <p>Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt. ein Berichtsformat zur Förderung der Elektromobilität im Gebiet des VRS zur Evaluierung der Programme und Maßnahmen zu entwickeln. das in regelmäßigen Abständen z. B. zweijährig fortgeschrieben wird. Insbesondere sollen dabei erfasst und fortgeschrieben werden: a) Die Anzahl der elektrisch bzw. hybrid elektrisch betriebenen Fahrzeuge; b) Die Entwicklung der Anzahl und die räumliche Verteilung der Ladeinfrastrukturen im VRS; c) Einladung eines Vertreters der EnBW zum Vortrag in den WIV über die materielle Voraussetzungen und Begrenzungen der bestehenden Verteilnetze beim Ausbau der Ladeinfrastruktur und Lösungsansätze; d) Vorschläge von Unterstützungsangeboten für die Verbandskommunen in diesen Fragen.</p>		
W.17. - 580	SPD	<p>Bericht über aktuelle Fachkräfteallianz vorlegen</p> <p>Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt. eine Fachkräfteallianz in der Region mit den Partnern der Wirtschaft und den Arbeitsagenturen zu aktivieren und geeignete Projekte zu entwickeln. um Fachkräfte für die verschiedensten Sektoren der Wirtschaft im VRS zu gewinnen.</p>		
W.18. - 583	SPD	<p>Pendlerstationen gewinnen</p> <p>Die WRS wird beauftragt. mit Kommunen im Umfeld der Landeshauptstadt Stuttgart Gespräche zu führen, um Büroflächen zur Einrichtung flexibler Arbeitsplätze für Pendler, sogenannte Pendlerstationen, zu gewinnen.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.19. - 529	LINKE	<p>Breitbandausbau in der Region Stuttgart</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Sicherstellung des offenen Zugangs (open access) zur entstehenden Breitbandinfrastruktur der Deutschen Telekom • Die Verwaltung erstellt eine Übersicht über die bisherigen Aktivitäten der kommunalen Stadtwerke in der Region im Bereich des Breitbandausbaus und initiiert eine Koordination bzw. eine Einbindung dieser Aktivitäten in den regionalen Breitbandausbau zusammen mit der Deutschen Telekom • Die Verwaltung prüft über die aktuelle Rahmenvereinbarung zum Breitbandausbau mit der Deutschen Telekom hinaus die Möglichkeit der Kooperation bzw. Förderung von Initiativen zur Schaffung ergänzender dezentraler Breitbandinfrastruktur • Die Verwaltung prüft über die aktuelle Rahmenvereinbarung zum Breitbandausbau mit der Deutschen Telekom hinaus die Möglichkeit der zusätzlichen Breitbandanbindung, z.B. über Fernseekabel (HFC) 		
W.20. - 557	FDP	<p>Socialmedia – So-ist-S – Regionale Themen aus der Arbeit der Regionalversammlung präsentieren</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Verband Region Stuttgart beschickt ab sofort sein Angebot So-ist-S mit Bildern aus der Arbeit der Regionalversammlung und der Region, die die Anforderung der Plattform erfüllen. 2. Nach der Wahl 2019 werden alle neugewählten Regionalräte und -rätinnen in Form von Portraits vorgestellt, wie sie sich jetzt auf der Plattform finden lassen. Dabei wird diesen freigestellt, ob sie die Beiträge selbst erstellen oder die Region dabei Unterstützung leistet. 3. Die Geschäftsstelle prüft, ob die Punkte 1. und 2. im Rahmen der bereitgestellten Projektmittel umgesetzt werden können. Falls nicht, ist ein zusätzlicher Etat zu beziffern und bereitzustellen. 		
W.21. - 558	FDP	<p>Socialmedia – Regionalversammlung – Livestreaming – Videoprotokoll</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die FDP-Regionalfraktion erhält das Recht eigene Redebeiträge in der Regionalversammlung aufzuzeichnen und auf ihren Socialmedia-Plattformen uneingeschränkt zu verwenden. Soweit dies auf die FDP-Regionalfraktion beschränkt bleibt, entstehen der Region keine haushaltsrelevanten Kosten. 2. Sollten auch andere Fraktionen an der Aufzeichnung und Veröffentlichung ihrer Redenbeiträge interessiert sein, wird beantragt, durch die Geschäftsstelle dafür einen Haushaltsposten im Haushalt 2019 zu beziffern und auszuweisen, der die Kosten abdeckt. 3. In den Ausschüssen und der Regionalversammlung wird schnellstmöglich die Videoprotokollierung eingeführt. Die Kosten dafür sind durch die Geschäftsstelle zu beziffern und für den Haushalt 2019 rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen. 		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.22. - 561	FDP	<p>Regionalwahl – Leistungsbilanz Regionalversammlung 2014 bis 2019 – Flyer und Socialmedia-Beiträge - Verbandslogo</p> <p>1. Die Geschäftsstelle erstellt bis 31. März 2019 eine Leistungsbilanz der Region für die Bereiche ihrer Zuständigkeit im Vergleich 2014 zu 2019 geordnet nach Themenfeldern. Diese Leistungsbilanz wird in Form von Flyern und Socialmedia-Beiträgen zu den einzelnen Themenfeldern allen Fraktionen ausdrücklich zur unveränderten Verwendung im Regionalwahlkampf zu Verfügung gestellt. Umfang und Kosten sind durch die Geschäftsstelle zu beziffern und es ist ein entsprechender Etatvorschlag für den Haushalt 2019 zu machen.</p> <p>2. Für alle Parteien und Bewerber, die zur Regionalwahl antreten, ist die etwaige Verwendung des Verbandslogos verbindlich zu regeln und gegebenenfalls eine digitale Vorlage zu erstellen und auszugeben.</p>		
W.23. - 564	FDP	<p>Europa – Projektberichte - Europatouren</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart führt ab 2019 ein festes Angebot regelmäßiger Europatouren in der Region für die Menschen in der Region ein. Dabei werden entsprechend der jüngsten Europatour für die Regionalräte Ziele angesteuert, an denen deutlich wird, wie wichtig Europa für die Region ist. Für die Umsetzung werden im Haushalt 2019 Mittel in Höhe von 20.000 Euro bereitgestellt. Sollte die Geschäftsstelle zu dem Schluss kommen, dass ein höherer Etat notwendig ist, wird beantragt, die Projektmittel entsprechend zu erhöhen.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart stellt monatlich ein Projekt als „Europaprojekt des Monats“ (gegebenenfalls wechselnd nach Zuständigkeiten der Ausschüsse) in einem der regionalen Ausschüsse in Form eines Berichtes als festen Tagesordnungspunkt vor. Für die Regionalversammlung wird mindestens einmal jährlich das Thema Europa und aktuelle Entwicklungen in der Region in der Tagesordnung vorgesehen.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.24. - 566	FDP	<p>Logistik – Modellprojekt Lieferlogistik optimieren – Intelligente Zustellanlagen</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart initiiert zusammen mit der Wirtschaftsregion Stuttgart (WRS) ein Modellprojekt Lieferlogistik Region Stuttgart, mit dem Ziel, die individuellen Warenströme zu den Konsumenten mit Hilfe von intelligenten Zustellanlagen für Wohnhäuser und Wohnanlagen zu optimieren, die die klassischen Briefkastenanlagen ablösen und sowohl Liefer- als auch Abholvorgänge entscheidend vereinfachen.</p> <p>2. Da es sich um bauliche Projekte handelt, wird auch die IBA 2027 StadtRegion Stuttgart GmbH einbezogen.</p> <p>3. Für den ersten Schritt, die Erstellung eines Ausgangskonzeptes und der Grundstruktur des Projektes, werden im Haushaltsplan Mittel von 100.000 Euro bereitgestellt. Die WRS erhält den Auftrag eine Kofinanzierung aus Förderprojekten zu sichern sowie Teilnehmer aus der Wirtschaft zu akquirieren, die sich in dem Projekt mit dem Ziel engagieren, die Verkehrsbelastung, die durch Lieferung und Abholung von Waren bei privaten Empfängern entsteht zu optimieren und möglichst zu verringern.</p>		
W.25. - 567	FDP	<p>Organisationsuntersuchung durch die GPA</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2019: Der Verband Region Stuttgart beauftragt die Gemeindeprüfanstalt Baden-Württemberg (GPA), eine Organisationsuntersuchung der Verwaltung des Verbandes Region Stuttgart zu erstellen. Beauftragt wird eine Überprüfung der Personalbemessung.</p>		
W.26. - 519	AfD	<p>Lobbyismus in der Region</p> <p>Es wird beantragt, dass die Verwaltung aufzeigt</p> <ul style="list-style-type: none"> - ob und wenn ja wie Lobbyansprachen an die Verwaltung dokumentiert werden; - ob es Lobbyansprachen in der laufenden Amtsperiode gab und in welcher Form diese erfolgten - ob Lobbyansprachen sich zur reinen Vermittlung von Informationen an die Verwaltung von VRS und WRS gerichtet haben; - ob Lobbyansprachen an die Fraktionen und Gruppen bekannt sind –ggf. welche– - ob bekannt ist, ob Veranstaltungen der Region von Lobbyisten zur Ansprache von Regionalräten genutzt werden; - sofern bekannt, aus welchen zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontexten (Auftraggeber) die Lobbyisten aktiv sind. 		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.27. - 521	AfD	<p>Deutsch-Französischen Zentrum Künstliche Intelligenz: Region nicht abhängen!</p> <p>Die Verwaltung möge aufzeigen:</p> <p>1. Gewichtung des Thema Künstliche Intelligenz (KI):</p> <ul style="list-style-type: none"> - inwiefern das Thema KI für das Jahr 2019 bei den Planungen zur Ausrichtung der Strategie zur Industrie 4.0 in der Region eine Rolle spielt, - welche andere Regionen in Baden-Württemberg sich um ein Zentrum KI bemühen, - wie weit diese Bemühungen ggf. vorangeschritten sind, - welche Partnerregionen des VRS in Europa ein Zentrum KI haben oder dessen Einrichtung anstreben. <p>2. Klärung von Finanzierungsoptionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - welche Fördermittel 2019/2020 die EU für die Ansiedlung eines Zentrums KI in der Region bereitstellt, - welche Fördermittel 2019/2020 der Bund für die Ansiedlung eines Zentrums KI in der Region bereitstellt, - welche Fördermittel 2019/2020 das Land für die Ansiedlung eines Zentrums KI in der Region bereitstellt. <p>3. Bericht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die WRS möge, sobald nähere Erkenntnisse vorliegen, ausführlich berichten, welche Entwicklung das deutsch-französische Zentrum KI genommen hat. 		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.28. - 522	AfD	<p>Gründern eine Heimat bieten: Willkommenskultur für neue Unternehmen und Arbeitsplätze schaffen</p> <p>Die Verwaltung möge aufzeigen:</p> <p>1. Entwicklung der Unternehmensgründungen in der Region:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wie viele Unternehmensgründungen im Jahr 2017 in der Region stattfanden, - zu welchen Branchen diese gehören, - wie viele Beschäftigte diese Neugründungen im Durchschnitt haben, - welche Prognosen zu Unternehmensgründungen für 2018 und 2019 vorliegen, - wie die Region bei Unternehmensgründungen im Vergleich zu anderen Regionen Baden-Württembergs aktuell abschneidet. <p>2. Anreize und Hürden für Gründer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - welche Hinderungsgründe für Unternehmensgründungen in der Region bestehen, - welche dieser Hinderungsgründe in den Aufgabenbereich des VRS fallen (z.B. interkommunale Gewerbegebiete), - welche Unterstützung sich Gründer von Seiten der Region erhoffen, - welche Förderinstrumente des Landes besonders in der Region positive Wirkung entfalten konnten. <p>3. Aufgabenwahrnehmung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Welcome Center erweitert mit Unterstützung der WRS seinen Aufgabenfokus auf die gezielte Ansprache von Unternehmensgründern und der Unterstützung bei der Ansiedlung neugegründeter Unternehmen in der Region, - die Region verleiht einen jährlichen Preis für nachhaltig erfolgreiche Unternehmensgründungen in der Region in Höhe von 150.000€. Über die Vergabe des Preises entscheidet der WIV. Vorschläge für Anwärter auf den Preis unterbreitet die WRS. 		
W.29. - 545	IP	<p>Stärkung der Innovationsdynamik in der Region Stuttgart</p> <p>„ Der Verband Region Stuttgart bzw. seine Wirtschaftsfördergesellschaft (WRS) klärt, ob es eine Trendwende bei der vor einigen Jahren festgestellten, nachlassenden Innovationsdynamik in der Region Stuttgart gibt.“</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.30. - 546	IP	<p>Nachlassendes Wachstum in der Region Stuttgart – Delle oder Strukturproblem ?</p> <p>„ Der Verband Region Stuttgart bzw. seine Wirtschaftsfördergesellschaft (WRS) klärt, ob es sich beim Verlust des Spitzenplatzes bezüglich des Bruttoinlandsprodukts des Landes Baden- Württemberg mit seiner Kernregion Stuttgart um einen kurzfristigen Ausreißer, einer Art „Delle“ handelt oder ob es Anzeichen für eine strukturelle Schwäche gibt ?“</p>		
W.31. - 547	IP	<p>Gründung eines regionalen Netzwerkes „Künstliche Intelligenz“ bezüglich der Automobilwirtschaft</p> <p>„In Abstimmung und in Zusammenarbeit mit dem Land und dem regionalen Automobildialog soll ein regionales Netzwerk „Künstliche Intelligenz“ aufgebaut werden, aus dem sich idealerweise ein Regionales Innovations- und Kompetenzzentrum entwickeln kann.“</p>		
W.32. - 548	IP	<p>Sicherung von Arbeitsplätzen und Meinungsvielfalt bei regionalen Tageszeitungen in der Region Stuttgart</p> <p>„ Die Verwaltung berichtet über die Folgen von Konzentrationsprozessen in der regionalen Zeitungslandschaft auf Arbeitsplätze von Redakteuren und anderen Mitarbeitern und klärt, inwieweit dadurch die für eine demokratische Gesellschaft notwendige Meinungsvielfalt eingeschränkt wird.“</p>		
W.33. - 549	IP	<p>Fachkräftemangel – Zwischen echtem Bedarf und Lobbyinteressen</p> <p>„Die Verwaltung wird gebeten eine Einschätzung des Fachkräftebedarfs in der Region Stuttgart abzugeben und dazu, wenn notwendig, eine Expertenanhörung durchzuführen.“</p>		
W.34. - 550	IP	<p>Familienunternehmen in der Region Stuttgart – Zwischen Tradition und Moderne</p> <p>„ Die Verwaltung berichtet über die Bedeutung von Familienunternehmen in der Region Stuttgart als Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges sowie den Herausforderungen in der Zukunft“.</p>		
W.35. - 551	IP	<p>Verbundenheit der Bürger zur Region stärken</p> <p>„ Die Verwaltung arbeitet ein Konzept aus, wie die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Region Stuttgart verbessert werden kann. Es beinhaltet, dass in der nächsten Amtsperiode mindestens eine Sitzung pro Jahr in einem der fünf Nachbarkreise von Stuttgart stattfindet.“</p>		